



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 30.08.2012

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 06. September 2012, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2012
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **12-F-33-0094**
Neubau der Rhein-Main-Hallen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 28.08.2012 -

Der Neubau der Rhein-Main-Hallen ist sowohl in wirtschaftlicher als auch in städtebaulicher Hinsicht eines der wichtigsten Projekte für die Stadt Wiesbaden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich am 26.04.2012 zur Realisierung des Neubauprojekts für den Standort Friedrich-Ebert-Allee entschieden. Nach ausführlichen Abwägungsprozessen hat sich gezeigt, dass die Variante Abriss der alten Hallen und ein Neubau am bisherigen Standort zu favorisieren ist.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen

- 1.) Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0170 vom 26.04.2012 „Standortentscheidung Rhein-Main-Hallen“ wird in Punkt II.3. insoweit aufgehoben, als dort das Baufeld für den Neubau der Rhein-Main-Hallen beschrieben worden ist. Ebenso werden die Beschlussteile II.3.1 bis II.3.3 aufgehoben.
- 2.) Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abriss und Neubau der Rhein-Main-Hallen am alten Standort zu. Dieser ist begrenzt durch die Rheinbahnstraße, die Rheinstraße, die Friedrich-Ebert-Allee und die südliche Grenze des Bebauungsplans „Wiesbaden 1988/3“ Rhein-Main-Halle. Damit bleibt die denkmalgeschützte Herbertanlage von einer Hallenbebauung jenseits des Verbindungsweges Friedrich-Ebert-Allee / Kronprinzenstraße ausgenommen.
- 3.) Der Magistrat wird gebeten,
 - 3.1. für den Neubau der Rhein-Main-Hallen einschließlich einer fünfzügigen Kindertagesstätte (als Ersatz für den Standort Geschwister-Stock-Platz) einen begrenzt offenen Architekturwettbewerb gemäß RPW 2008 im Rahmen eines Vergabeverfahrens nach VOF 2009 europaweit mit vorangestelltem

Bewerbungsverfahren auszuschreiben. Die Auslobungsunterlagen sind im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr abschließend zu beraten und zu beschließen.
 - 3.2. die gesamte Maßnahme - vom Architekturwettbewerb bis zur Eröffnung der neuen Rhein-Main-Hallen - im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit mit einer externen Kommunikationsleistung zu begleiten, z.B. zu den Ergebnissen des Architekturwettbewerbs.
 - 3.3. für den Schließungszeitraum der Rhein-Main-Hallen ein Übergangskonzept für das Personal und die Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der TriWiCon auszuarbeiten und die Auswirkungen in einem aktualisierten Businessplan für den Neubau der Rhein-Main-Hallen zu berücksichtigen.

5. 12-F-33-0082

Erweiterung der neuen zentralen "Müll-Hotline" der ELW zu einer zentralen Hotline für alle Sauberkeitsfragen im öffentlichen Raum
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 13.06.2012 -

Seit Anfang März können sich die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit allen Anliegen an eine neue zentrale Hotline wenden. Unter 319700 werden alle Fragen rund um Abfalltrennung, Sperrmüll, Gebühren und vieles mehr beantwortet. Die Suche nach einem passendem Ansprechpartner bei der ELW hat somit auf sehr bürgerfreundliche Art und Weise ein Ende gefunden.

Anders verhält sich dies bis dato bei Verschmutzungen öffentlicher Straßen, Plätze, Grünanlagen und Grundstücke. Für verwaltungsunkundige Bürgerinnen und Bürger ist oftmals nicht auf den ersten Blick ersichtlich, welches städtische Amt oder welche Konzerngesellschaft für einen konkreten Platz oder eine Liegenschaft verantwortlich ist. So kann beispielsweise eine Verschmutzung im Umfeld einer an einer Schule liegenden Bushaltestelle Zuständigkeiten von ESWE Verkehr (Bushaltestelle), ELW (Öffentlicher Straßenraum), Grünflächenamt, Schulamt oder Sportamt tangieren.

Die neue zentrale „Müll-Hotline“ der ELW sollte daher zu einer zentralen Anlaufstelle für alle Sauberkeitsfragen ausgeweitet werden. Dabei ist sicherzustellen, dass dort eingehenden Sauberkeitsprobleme kurzfristig beseitigt werden können.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- (1) über die Konzeption und die ersten Erfahrungen der neuen zentralen Hotline bei der ELW zu berichten,
- (2) in die neu eingerichtete Hotline für Bürgeranliegen zum Thema Müll der ELW eine zentrale Anlaufstelle für alle Sauberkeitsfragen zu integrieren und so zu ermöglichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürgern mit allen Fragen rund um das Thema Sauberkeit an diese erweiterte zentrale Anlaufstelle wenden können,
- (3) konzeptionell sicherzustellen, dass bei der Hotline gemeldete Sauberkeitsprobleme auf Straßen, Plätzen, Grünflächen und sonstigen Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihrer Tochterunternehmen entweder unverzüglich durch ELW - sofern sie in deren Zuständigkeitsbereich liegen - beseitigt werden oder anderenfalls an die verantwortlichen städtischen Ämter bzw. Gesellschaften weitergeleitet und von diesen kurzfristig beseitigt werden. Die verantwortlichen städtischen Ämter bzw. Gesellschaften sind verpflichtet, die Beseitigung des jeweiligen Sauberkeitsproblems an ELW zurückzumelden. Eingehende Meldungen und die Beseitigung des jeweiligen Sauberkeitsproblems sind in das Qualitätsmanagementsystem der ELW miteinzubeziehen.
- (4) die Arbeit der neuen zentralen Anlaufstelle und das Gesamtkonzept nach einem Jahr zu evaluieren und über das Ergebnis der Evaluation im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit zu berichten.

6. 12-F-03-0111

Frauenpolitik muss in Wiesbaden stärker in den Vordergrund gerückt werden - Frauen müssen überall in der Stadt sichtbar werden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.07.2012 -

- I. Ein erster Schritt, um Frauen in der Stadt sichtbar zu machen, ist der Blick auf vergessene Frauen, die sich durch ihre Aktionen und Werke im Kulturbereich, in ihrem Ehrenamt, in Politik und/oder Wirtschaft, im Sport, in der Forschung und/oder der Wissenschaft für unsere Stadt allgemein oder speziell für die Frauen hier verdient gemacht haben.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass in Wiesbaden nur 18 Prozent der Straßen, die nach Personen benannt sind, nach Frauen benannt wurden. Dies spiegelt nicht in angemessener Weise die Verdienste dieser Bevölkerungshälfte wieder.

Aber nicht nur in Wiesbaden, sondern auch weltweit sind Frauen aus dem Schattendasein herausgetreten. Sie alle sollen in unserer Stadt sichtbarer werden, denn es gab und gibt sie zahlreich – doch meist öffentlich unbeachtet. Wenn berühmte Frauen häufig namentlich im Stadtbild auftauchen, kann dies anderen Frauen Mut machen und sie zur Nachahmung anregen.

- II. Ein zweiter Schritt ist der Blick auf den Ist-Zustand und der Wille bei vorhandener Unterrepräsentation von Frauen gegenzusteuern. Dazu ist eine Kenntnis der aktuellen Situation und Zahlen für die Stadt notwendig. Es sind aber auch Entscheidungen zu treffen, welche Maßnahmen ergriffen und umgesetzt werden sollen. Für den Bereich der Politik hat der Magistrat direkte Steuerungsmöglichkeiten, diese sollte er beispielsweise bei den Aufsichtsräten voll ausschöpfen. Auch kann die Stadt als Arbeitgeber viel für die Gleichstellung der Frauen im Berufsleben tun. Dazu gehört Personalentwicklung genauso wie Arbeitsplatzbewertung, Bezahlung und flexible Arbeitszeitmodelle. Frauen in Führungspositionen sind immer noch Mangelware in Wiesbaden und überall.
- III. Als dritten Schritt bedarf es einer Evaluation und eines Controlling um zu überprüfen, ob die Zielvorgaben mit den getroffenen Maßnahmen erreicht werden konnten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

- I. 1. der Magistrat wird gebeten,
über das Stadtarchiv, die beigefügte Vorschlagsliste weiblicher Persönlichkeiten, nach denen Straßen, Plätze und Gebäude etc. benannt werden könnten, um weitere verdiente Frauen aus Wiesbaden zu ergänzen und den Ortsbeiräten mit folgender Empfehlung zur Verfügung zu stellen:

Den Ortsbeiräten wird freundlichst empfohlen, sich der überreichten Vorschlagsliste bei Benennungen zu bedienen und sie werden gebeten, dabei

- a. für die Benennung von Straßen und Plätzen solange weibliche Persönlichkeiten vorzuschlagen, bis eine Parität zwischen Männer- und Frauennamen in ihrem Ortsteil erreicht ist.
- b. auch Frauen aus anderen Ländern und Kulturen zu berücksichtigen, um Migrantinnen zusätzliche Identifikationsmöglichkeiten mit ihrer neuen Heimatstadt zu bieten, da bislang fast keine Straßen, Plätze oder Gebäude entsprechend benannt sind.

2. die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus,

Frauen auch bei der Benennung von Schulen, Bibliotheken und Sportplätzen vorrangig zu berücksichtigen und schlägt den zuständigen Gremien als erstes die Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule in Angelika-Thiels-Schule vor.

- II. Der Magistrat möge berichten,
welche Zielvorgaben er zur Beseitigung der Unterrepräsentation von Frauen bis 2015 im Konzern Stadt und bei den Aufsichtsräten mit welchen Mitteln erreichen will.
- III. Der Magistrat wird gebeten,
vor der Verabschiedung der neuen Frauenförderpläne ein gründliches Evaluations- und Controllingverfahren der derzeit gültigen Frauenförderpläne durchzuführen, um gegebenenfalls Zielgrößen entsprechend neu zu formulieren oder anzupassen.

7. 12-F-08-0095

WiBus

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 29.08.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten der WiBus und deren Forderungen nach gleicher Entlohnung zu ihren Kolleg_innen bei ESWE Verkehr. Equal Pay (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) muss auch in Wiesbaden gelten. Die Gleichstellung der Busfahrer_innen in Wiesbaden darf nicht einhergehen mit Linienstreichungen, Streichungen bei der Umweltkarte, Preiserhöhungen, Streichung von außertariflichen Leistungen der Beschäftigten der ESWE Verkehr oder anderen Verschlechterungen für die Beschäftigten oder Nutzer_innen des ÖPNV. Schon gar nicht darf ein defizitäres Busunternehmen zur Stimmungsmache gegen Beschäftigte, die Equal Pay einfordern, eingesetzt werden.

Das Defizit der Wibus ist aus dem Wiesbadener Haushalt zu begleichen. Entsprechende Mittel sind hierfür üpl. zuzusetzen. Der Magistrat hat hierfür der Stadtverordnetenversammlung einen Kostendeckungsvorschlag zu unterbreiten.

8. 12-F-05-0007

Freiherr-vom-Stein-Schule, Albert-Schweitzer-Schule und Friedrich-Ebert-Schule

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 11.06.2012 -

Bereits am 13. März 2008 hatte die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen:

- Mit den vorhandenen Investitions- und Instandhaltungsbudgets sowie den personellen Kapazitäten bei den beteiligten städtischen Ämtern können nicht alle notwendigen baulichen Maßnahmen an Wiesbadener Schulen durchgeführt werden.
- Es müssen demnach - neben der üblichen Bauabwicklung durch die LHW selbst - andere Wege gefunden werden, um den baulichen Zustand der Schulen zu verbessern. Dies betrifft sowohl die Finanzierung als auch die Abwicklung der Baumaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund wurde ein ÖPP-Eignungstest für u.a. die Freiherr-vom-Stein-Schule, Albert-Schweitzer-Schule sowie die Friedrich-Ebert-Schule (Werkstatt) durchgeführt.

Auf Grundlage einer Magistratsvorlage beschloss der Ortsbeirat Biebrich am 21.04.2011 die Sitzungsvorlage „Freiherr-vom-Stein-Schule - Sanierungsmaßnahme und Betrieb durch das Modell Mieten macht Schule“. Die Vorlage sieht die Zusammenführung der Freiherr-vom-Stein-Schule, die bisher auf zwei Standorte verteilt waren, an dem Standort Ludwig-Beck-Straße vor. Die Sanierung und Erweiterung der vorhandenen Gebäude soll mit dem Modell „Mieten macht Schule“ umgesetzt werden.

Obwohl mittlerweile über ein Jahr vergangen ist, liegt die entsprechende Ausführungsvorlage weder dem Ausschuss für Schule und Kultur noch der Stadtverordnetenversammlung vor.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) die Ausführungsvorlage „Freiherr-vom-Stein-Schule - Sanierungsmaßnahme und Betrieb durch das Modell Mieten macht Schule“ unverzüglich in die parlamentarischen Beratungsgremien einzubringen.
- b) die Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen an der Albert-Schweitzer-Schule und Friedrich-Ebert-Schule ebenfalls durch das Modell „Mieten macht Schule“ abzuwickeln.

ANLAGE

9. 12-F-04-0004

Wiederherstellung von Ordnung und Sauberkeit auf dem Luisenplatz sowie Neugestaltung des Faulbrunnenplatzes
- Antrag Die Republikaner (fraktionslos) vom 28.08.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Verbesserung des Zustandes im Bereich Luisenplatz sowie Faulbrunnenplatz zu bewirken.

Der historische, angepasst gestaltete Luisenplatz mit Blumenbeeten und teuren Sitzmöbeln wird von der Trinker- und Obdachlosenszene als Treffpunkt zu Saufgelagen genutzt bzw. missbraucht, nicht nur die Vermüllung ist dem Platz abträglich, sondern auch das wilde Urinieren, obwohl eine Dixi-Toilette aufgestellt wurde. Das Innere derselben muss sich in einem schlimmen Zustand, mit Fäkalienschmierereien, befinden, dass selbst die nicht gerade kultivierten Menschen diese nicht mehr benutzen. Die Geruchsbelästigung, gerade im Sommer, ist unerträglich. Der Seitenausgang des Parkhauses ist, als Ersatztoilette missbraucht, nicht mehr nutzbar.

Die Zustände am Faulbrunnenplatz unterscheiden sich nicht wesentlich. Dort, wo früher ein bepflanzter grüner Hügel war, ist jetzt nur noch eine Schotterfläche mit Müllablagerungen. Trotz verordnetem Alkoholkonsumverbot wird dort weiterhin gezecht. Der Konsummüll bleibt liegen.

Wann endlich werden diese Zustände, die einer Stadt wie Wiesbaden, Anwärter für ein Weltkulturerbe, unwürdig, endlich verbessert.

Im Hinblick auf die Obdachlosen und Trinker, Menschen, die sich selbst aus dem sozialen Verband der Gesellschaft ausgegrenzt haben, hatte ich in einem früheren Antrag Trinkerstuben gefordert, wie in anderen Städten mit Erfolg praktiziert, neuerdings sogar in Kassel, wo diese Menschen auch betreut werden können. Sie nehmen diese Einrichtungen dankbar an. Aber leider konnte man sich in der LH Wiesbaden dazu noch nicht durchringen, vielleicht dauert es noch Jahre bis endlich die Einsicht kommt. In Wiesbaden braucht halt alles etwas länger, zumal, wenn der Antrag nicht aus den Reihen der machtragenden Parteien kommt.

10. 11-F-03-0060

European Business School (EBS Law School)

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011-

Die European Business School kommt aus den Negativ-Schlagzeilen nicht mehr heraus. Ihre Glaubwürdigkeit wurde durch die Zweckentfremdung von Landesmitteln deutlich erschüttert. Dies führte sogar dazu, dass ein wichtiger Sponsor, die Deutsche Post AG, seine Finanzierung stoppte. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Tatsache, dass das Thema EBS-Ansiedlung wichtige finanzielle als auch planungspolitische Konsequenzen für die Stadt Wiesbaden hat, fordert Bündnis 90/Die Grünen Aufklärung über die Sachlage. Den Anliegern wurde ursprünglich versprochen, zügig Anstrengungen zur Aufwertung der Moritzstrasse zu unternehmen, seither ist viel Zeit vergangen.

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, inwieweit der Prozess der Ansiedlung der EBS (Law School) an der Moritzstraße fortgeschritten ist und welche Probleme die Vergabe des Bauauftrages verzögern;
2. zu klären, ob Medienberichte zutreffen, wonach eine Insolvenz der EBS möglich ist und welche Folgen eine solche Insolvenz der EBS für das Areal (altes Gerichtsgebäude) an der Moritzstraße haben würde;
3. da offenbar unabsehbar ist, wann es zu den Umbaumaßnahmen kommt und über weitere Monate hinaus mit einem Lehrstand zu rechnen ist, fordern wir den Magistrat auf mit dem Land und den Jugend- und Kulturinitiativen in Kontakt zu treten um über eine Zwischennutzung zu verhandeln;
4. Unabhängig davon wie es mit der EBS weitergeht ist der Magistrat verpflichtet ein umfassendes Konzept für die Aufwertung der Moritzstrasse vorzulegen.
5. zu erklären, wie er im Falle einer Insolvenz der EBS die Verwertbarkeit der bestehenden dinglichen Sicherung einschätzt (gemäß Vorlagennummer 08-V-01-0025).

ANLAGE

11. 12-F-33-0022

European Business School

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.02.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- (1) dafür Sorge zu tragen, dass das Land Hessen, als Eigentümerin der Liegenschaft „ehemaliges Amtsgericht“, die Moritzstraße in jedem Fall auf Grundlage des beschlossenen Bebauungsplanes zügig entwickelt und einer städtebaulichen Nutzung zuführt. Oberstes Ziel ist und bleibt die schnellstmögliche Belegung des Areals Moritzstraße.

- (2) zu berichten, inwieweit der Prozess der Ansiedlung der EBS (Law School) an der Moritzstraße fortgeschritten ist und welche Probleme die Vergabe des Bauauftrags verzögern.
- (3) zu klären, wie er im Falle einer möglichen Insolvenz der EBS die Verwertbarkeit der bestehenden dinglichen Sicherung einschätzt (gemäß Beschluss Nr. 0568 der StvV vom 13.11.2008).

ANLAGE

12. 12-F-08-0054

Öffentliche Sitzungen des Magistrats
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 02.05.2012 -

Der Magistrat ist eines der wichtigsten städtischen Gremien. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger schwer verständlich, warum gerade ein so wichtiges Gremium ausschließlich nichtöffentlich tagt. Die HGO sieht zwar die nichtöffentliche Sitzung des Magistrats als Regelfall vor, was aber nicht bedeutet, dass der Magistrat nichtöffentlich tagen muss. Der Magistrat kann daher durchaus Sitzungen oder Teile von Sitzungen auch mit der Beteiligung der Öffentlichkeit zulassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Sitzungen des Magistrats, wo es möglich ist, in öffentlicher Sitzung durchzuführen.

13. 12-F-33-0051

Mehr Schutz vor Bahnlärm in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 02.05.2012 -

Lärm macht krank - dies ist keine neue Erkenntnis, insbesondere für viele Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger.

Das Rheintal und hier insbesondere der Bereich AKK, Biebrich und Schierstein, sind täglich dem Lärm von etwa 550 Zügen ausgesetzt. Mehr als 120 Güterzüge befahren nachts das Rheintal. Derzeit liegen zwischen zwei passierenden Güterzügen vier bis fünf Minuten.

Bislang hat die Deutsche Bahn AG lediglich 7 % aller Güterwagen mit entsprechender Flüstertechnik ausgestattet, durch die der Lärmpegel halbiert wird. Ohne diese Umrüstung sind die Anwohner einer massiven Lärmbelastung durch das Fahren und insbesondere das Bremsen der Züge ausgeliefert. Teilweise liegt die Belastung bei bis zu 100 Dezibel - bei Tag und bei Nacht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) zu berichten, in welcher Form sich die LH Wiesbaden bei dem EU-Projekt CODE 24 des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain eingebracht hat, in dem die Auswirkungen zu Infrastrukturen des Trassenplan Korridorkonzepts Rotterdam-Genua auf die betroffene Regionen untersucht und erörtert werden.

- 2.) zu berichten, über den aktuellen Sach- und Kenntnisstand der Trassenführung, der tatsächlichen und prognostizierten Lärmbelastung und der Entwicklungen im Bereich aktivem/ passivem Lärmschutz entlang der im Korridor betroffenen Bahntrasse zu berichten, insbesondere, welche Folgen sich hieraus für die räumlich unmittelbar Betroffenen, wie aber auch den Wirtschaftsstandort Wiesbaden ergeben.
- 3.) darzulegen, welche Arbeiten an den Gleisanlagen im Stadtgebiet Wiesbaden gegenwärtig auf welcher Rechtsgrundlage durchgeführt werden.
- 4.) anhand dieser Erkenntnisse, eine Stellungnahme zu erarbeiten, welches die besonderen Erfordernisse für die Stadt Wiesbaden bezüglich des Lärmschutzes artikuliert. Hierbei sind insbesondere zu prüfen: Bewertung der derzeitigen

Schallschutzwände, Möglichkeiten der Schienenpflege (Schienenschleifen, Schienenschmierer) sowie des Einsatzes von Schallabsorbern an Schienen vor allem im Bereich von Bahnbrücken, Kurven und Weichen, Nachfahrverbot, Tempolimit auf 70 km/h, lärmabhängige Trassenpreise, Flächendeckendes Verbot nicht umgerüsteter Züge ab 2020 (analog zur Schweiz), Gültigkeit des Schienenbonus im Rheintal (Gutachten S. 33).

- 5.) dieses Papier nach Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung beim Bundesverkehrsministerium in das Korridor-Konzept CODE 24 mit einzubringen.
- 6.) den Regionalverband FrankfurtRheinMain bei der Entwicklung eines verträglichen Konzepts für den Ausbau des transeuropäischen Bahnkorridors von Genua nach Rotterdam zu unterstützen.
- 7.) sich mit anderen betroffenen Städten und Gemeinden in Verbindung zu setzen, um gegebenenfalls gemeinsame Initiativen zum Schutz vor Bahnlärm zu initiieren oder zu unterstützen.
- 8.) auf die Deutsche Bahn AG, die Bundesregierung und die Landesregierung einzuwirken, Maßnahmen zu ergreifen, um der zunehmenden Lärmbelastung zu begegnen.

15. 12-F-05-0008

Kongress- und Messebetrieb der Rhein-Main-Hallen während der Bauphase sichern!
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.08.2012 -

Die vor über 50 Jahren gebaute Rhein-Main-Hallen entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein zeitgemäßes Kongress- und Messezentrum. Vor diesem Hintergrund beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 09.09.2010 einen Neubau der Rhein-Main-Hallen.

Am 26.04.2012 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass der Neubau der Rhein-Main-Hallen am Standort Friedrich-Ebert-Allee erfolgen soll und der Magistrat gebeten wird, alle notwendigen Schritte für einen Neubau zu veranlassen.

Der Zeitungsberichterstattung (Wiesbadener Kurier, 27.08.2012, Die Suche nach Ersatzstandorten) war zu entnehmen, dass der zuständige Wirtschaftsdezernent und Aufsichtsratsvorsitzender der Rhein-Main-Hallen GmbH Detlev Bendel sich seit 6 Wochen auf den Abriss und Neubau einstellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten,

- wie mit den bereits gebuchten Veranstaltungen in den Rhein-Main-Hallen verfahren wird.
- wann der Architektenwettbewerb stattfindet.
- wann mit einem Abriss der bestehenden Hallen und einem Baubeginn der neuen Hallen zu rechnen ist.

2. schnellstmöglich den parlamentarischen Gremien

- a) einen aktualisierten Zeitplan
- b) ein Konzept, dass ein Höchstmaß an Veranstaltungen während der Bauphase ermöglicht
- c) ein Finanzierungsmodell
- d) ein Konzept für eine breite Bürgerbeteiligung

vorzulegen.

16. 12-F-33-0081

Gewaltfreie Politik

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 12.06.2012 -

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. April 2012 wurde berichtet, dass die Wiesbadener Stadtverordnete Manuela Schon (LINKE & Piraten) im Zusammenhang mit der Anti-Kapitalismus-Demonstration in Frankfurt zu folgendem Facebook-Eintrag den Knopf „Gefällt mir“ anklickte:

„Gewalt wurde an diesem Tage ausgeübt, gegen Schicki-Läden, gegen Bonzen-Herbergen, gegen die EZB. Und ist das denn nicht legitim? Ist es nicht unser Recht, ja geradezu unsere Pflicht, aufzustehen gegen diese Zustände, die immer unerträglicher werden? Was hat denn jeglicher friedliche Protest bisher bewirkt. Nur weitere Verschlechterungen.“

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab.

17. 12-F-03-0092

Risikoanalyse Überflug Industriepark InfraServ

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2012 -

Die Zahl der Flugbewegungen am Militärflughafen Erbenheim steigt. Mit dem für Spätsommer angekündigten Umzuges des 214. US-Heeresfliegerregiments von Mannheim nach Wiesbaden und der damit verbundenen Stationierung von zusätzlichen 15 Black-Hawk-Hubschraubern wird sich nach Angaben der US-Army die Zahl der jährlichen Starts und Landungen um rund 7.000 auf 17.000 erhöhen.

Das bringt nicht nur mehr Fluglärm, auch die Gefahr potenzieller Abstürze steigt. Hierzu liegt jedoch derzeit kein belastbares Zahlenmaterial vor: Laut des Berichts eines Majors vom Luftwaffenamt Köln in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 5. Juni 2012 zum Thema „Überflug von Militärmaschinen über Wiesbaden“ (12-A-51-0002) gibt es bislang keine Risikoanalyse von Überflügen des benachbarten InfraServ-Industrieparks durch Flugzeuge und Hubschrauber der US-Army.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Industriepark InfraServ als wichtigen Arbeitgeber in der Region. Doch angesichts der dort lagernden und verarbeiteten Gefahrenstoffe muss Klarheit über das bestehende Risikopotenzial eines Chemiewerks in unmittelbarer Nachbarschaft eines Flughafens herrschen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) eine Risikoanalyse zum Überflug des Industrieparks InfraServ in Auftrag zu geben, die nach den Kriterien einer bei Industrieanlagen üblichen probabilistischen Analyse unter Einbeziehung von Risikogrößen die Risikopotenziale identifiziert und dabei folgende drei wesentlichen Untersuchungsgegenstände klärt:
 - Was kann versagen?
 - Wie wahrscheinlich ist es?
 - Was sind die Auswirkungen?
- 2) nach Abschluss der Analyse der Stadtverordnetenversammlung über die Ergebnisse der Risikobewertungen zu berichten

18. 12-F-04-0003

Behindertenfreundliche und seniorengerechte Stadt
- Antrag der Republikaner (fraktionslos) vom 31.05.2012 -

Die StvV möge beschliessen, der Magistrat wird gebeten ein Konzept zu erarbeiten, um das Rathaus und die Stadt behindertenfreundlicher und seniorengerechter zu gestalten.

1. Im Rathaus sind nur die Türen im Erdgeschoss durch elektrische Öffner zu bedienen, leider nicht in den weiteren Stockwerken, vor allem nicht im 3. Stock, wo sich die Räume der Fraktionen befinden.
2. In der Stadt fehlt es weiterhin an öffentlichen Toiletten, die barrierefrei erreicht werden können.
3. In den öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt sollten ausreichend Sitzplätze für Senioren und Behinderte zur Verfügung stehen.

4. Auch sollten häufiger Kontrollen im Hinblick auf Radfahrerrowdies in der Fussgängerzone erfolgen, da ältere Menschen nicht mehr so schnell ausweichen können.

5. Es ist zu prüfen, ob es auch in der LH Wiesbaden möglich ist öffentliche Plätze mit leichten seniorengerechten Sportgeräten einzurichten, die sowohl der Fitness im Alter dienen als auch ein Treffpunkt für ältere Menschen, die sie aus ihrer häufig erlebten Isolation herausholt, darstellen.

6. Damit auch ältere Menschen noch am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ein selbständiges Leben führen können, wäre die Einrichtung von Parkplätzen für Senioren mit einem Ausweis mit dem Merkmal „G“ sinnvoll. Es gibt zwar ausreichend Parkplätze für Schwerbehinderte mit dem Merkmal aG, die leider nicht von Menschen mit G benutzt werden dürfen und meist leerstehen. (z.B. Schulgasse)

In den Schulen sollten die Erzieher die Jugendlichen zur Respektierung älterer und behinderter Menschen anhalten.

Ich bitte um Zustimmung im Sinne der entsprechenden Bevölkerungsgruppen.

19. 12-V-20-0008

DL 05/12-5

Vorlage der durch den Magistrat bis 31.12.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

ANLAGE

20. 12-F-03-0112

Frauenbeauftragte in städtischen Gesellschaften

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.07.2012 -

Für städtische Gesellschaften ist nicht verbindlich geregelt, wie sie ihren Gleichstellungsauftrag zu erfüllen haben. Derzeit ist eine Frauenbeauftragte gesetzlich nicht vorgeschrieben. Die städtische Frauenbeauftragte wiederum ist für die städtischen Gesellschaften nicht zuständig.

Mittels einer Satzungsänderung könnten die städtischen Gesellschaften dazu veranlasst werden, eine Frauenbeauftragte einzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in der Gesellschafterversammlung der jeweiligen städtischen Gesellschaft eine Satzungsänderung dahingehend zu erwirken, dass es in der jeweiligen städtischen Gesellschaft eine Frauenbeauftragte in Anlehnung an das hessische Gleichberechtigungsgesetz geben soll.

21. 12-F-03-0113

Planung Rhein-Main-Hallen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.07.2012 -

Die Rhein-Main-Hallen werden aller Voraussicht nach abgerissen und am gleichen Standort neu gebaut. Für in der Bauzeit gebuchte Veranstaltungen müssen neue Veranstaltungsorte gefunden werden. Man braucht einen Zeitplan, um Kunden gegenüber klare Aussagen zu treffen und der Architektenwettbewerb muss in die Wege geleitet werden, damit keine Zeit verloren geht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie der Zeitplan für Abriss und Neubau der Rhein-Main-Hallen aussieht;
2. welche Verträge zu welchen Terminen mit Kunden abgeschlossen wurden;
3. welche alternativen Veranstaltungsorte jeweils zur Verfügung stehen;
4. wie der Text für den Architektenwettbewerb lautet.

22. 12-F-03-0114

Zukunft Kita Geschwister Stock Platz

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.08.2012 -

Mit Beschluss Nr. 0034 der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Februar 2011 wurden die Grundsätze des Ersatzneubaus der Kindertagesstätte Geschwister Stock Platz festgelegt. Dort wurde unter anderem beschlossen, dass:

- die Baugenehmigung (Anm: der Containerlösung) auf 3 Jahre befristet ist und im Juli 2012 endet.
- als Standort für den Ersatzneubau der Geschwister-Stock-Platz vorgesehen wurde (Kenntnisnahme auf Grundlage der Empfehlung der amtsübergreifenden Arbeitsgruppe, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0269 vom 12. Juni 2008).
- gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0306 vom 02. Juli 2009 die Planung für den Ersatzneubau nach der Grundsatzbeschlussfassung zur Zukunft der Rhein-Main-Hallen GmbH mit einem Architektenwettbewerb beginnen soll.

Die Kita ist weiterhin in einem provisorischen Container-Gebäude untergebracht. Noch ist völlig unklar, wann und in welcher Form dieser Ersatzneubau geschaffen werden soll. Der Grundsatzbeschluss über die Zukunft der Rhein-Main-Halle liegt seit längerem vor. In der Elternschaft der Kita Geschwister-Stock-Platz herrscht große Unruhe und Unklarheit über die Neuplanungen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) wie ist der Stand der Planung des Ersatzneubaus Kita Geschwister Stock Platz;
- 2) ob vorgesehen ist, dass die derzeit in dem Provisorium betreuten Kinder dort noch solange untergebracht werden bis der Ersatzneubau Kita Geschwister-Stock-Platz abgeschlossen ist und die Betreuung dort starten kann.

23. 12-F-08-0096

Schriftliche Anfrage Nr. 91/2012 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 06. Juni 2012 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Petersweg Ost und Boelckestraße

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antragsteller verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 12-A-02-0008

Jährlicher Angemessenheitsbericht zur Höhe der Aufwandsentschädigung

ANLAGE

2. 11-V-51-0078

DL 25/12-1, 01/12-11

Vorabfreigabe eines Anteils der Bezuschussung zur Sicherstellung der Arbeit der Kontaktstelle Gemeinschaftliches Wohnen

3. 12-V-01-0008

DL 23/12-1

Prüfungsbericht des Revisionsamts und Jahresabschluss 2009

4. 12-V-01-0009

DL 28/12-1

Troncmittel für den Bereich Frauen

ANLAGE

5. **12-V-01-0015** **DL 27/12-1**
Rettbergsaue in Wiesbaden

6. **12-V-04-0007** **DL 33/12-1, 32/12-1**
Fahrplanwechsel am 09.12.2012

7. **12-V-05-0004** **DL 26/12-1**
Umgestaltung Schulhof Goetheschule, Bauabschnitt II

8. **12-V-05-0007** **DL 26/12-2**
"Büro für Kommunale Bildungsprojekte"

9. **12-V-05-0010** **DL 30/12-1, 29/12-1**
Hessencampus Wiesbaden

10. **12-V-07-0007** **DL 25/12-3**
Fortführung des suchtpreventiven Angebotes im Kulturpark: Mobiles Kontaktcafé

11. **12-V-12-0004** **DL 30/12-2, 29/12-2**
Monitoring Weiterbildung, Fortschreibung bis 2010

12. **12-V-12-0007** **DL 30/12-3, 29/12-3**
Repräsentative Migrantenbefragung zu Mediennutzung und Kommunikationsverhalten

13. **12-V-12-0008** **DL 30/12-4, 29/12-4**
Teilnahme an der Mehrthemen-Bürgerbefragung "Urban Audit"

- | | | |
|------------|--|-------------------|
| 14. | 12-V-20-0016 | DL 27/12-3 |
| | Verwendung des Restbudgets aus der Kurhaussanierung | |
| 15. | 12-V-20-0028 | DL 25/12-4 |
| | Investitionscontrolling 1. Quartal 2012 | |
| 16. | 12-V-20-0029 | DL 26/12-3 |
| | Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 17. | 12-V-20-0030 | DL 27/12-4 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 18. | 12-V-20-0043 | DL 27/12-5 |
| | Investitionscontrolling 2. Quartal 2012 | |
| 19. | 12-V-20-0047 | DL 27/12-6 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 20. | 12-V-20-0050 | DL 27/12-7 |
| | Vorabfreigabe von Ortsbeiratsmitteln 2012 | |
| 21. | 12-V-31-0001 | DL 26/12-5 |
| | Projekt "Schnelligkeit, Sicherheit und Sauberkeit im Buslinienverkehr" | |

22. **12-V-33-0003** **DL 27/12-11**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben
23. **12-V-36-0009** **DL 14/12-4**
Gutachten "Die Tier- und Pflanzenwelt im Außenbereich"
24. **12-V-36-0019** **DL 30/12-5, 29/12-5**
Beschaffung von Fluglärmmesscontainern
25. **12-V-40-0025** **DL 27/12-12**
Neuausrichtung Schulbudget
26. **12-V-41-0009** **DL 26/12-6**
Christa Moering Stipendium, Änderung der Vergaberichtlinien
27. **12-V-51-0010** **DL 26/12-7**
Quartiersmanagement "Soziale Stadt Biebrich-Südost";
Fortsetzung der Dienstleistung des Quartiersmanagement im Zeitraum Januar 2012 bis
Dezember 2013
28. **12-V-51-0021** **DL 25/12-5**
U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 50 zusätzlichen Krippenplätzen (und 75
Elementarplätzen) in 3 Kindertagesstätten
29. **12-V-51-0025** **DL 25/12-6**
U3 - Ausbauprogramm 48; Schaffung von 40 zusätzlichen Krippenplätzen in der städtischen KT
St. Weiter Platz, Ausführungsvorlage

30. **12-V-51-0031** **DL 26/12-8**
U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 65 zusätzlichen Krippenplätzen (und 10 Elementarplätzen) in 5 Kindertagesstätten
31. **12-V-51-0033** **DL 24/12-1**
Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II - Jahresbericht 2011
32. **12-V-51-0035** **DL 31/12-1, 28/12-3**
AWO Kindertagesstätten; Auszahlung einer Abschlagszahlung auf das neu verhandelte Leistungsentgelt
33. **12-V-51-0037** **DL 26/12-9**
U3- Ausbauprogramm 48; Schaffung von 90 zusätzlichen Krippenplätzen in der Kita JuVZ
34. **12-V-52-0006** **DL 30/12-6, 29/12-6**
Errichtung einer Mountain-Bike-Strecke in Wiesbaden für den Vereins- und Freizeitsport
ANLAGE
35. **12-V-52-0008** **DL 25/12-7**
Novellierung des Sportentwicklungsplanes der Landeshauptstadt Wiesbaden
36. **12-V-63-0001** **DL 28/12-5**
Vorabfreigabe der Zuschüsse zur Unterstützung privater Denkmalpflege-Projekte
37. **12-V-63-0011** **DL 27/12-14**
31. Jahrestagung der AG "Kommunale Denkmalpflege" des Deutschen Städtetages in Wiesbaden

38. 12-V-70-0001 **DL 25/12-8**

Eingangsbereich der Deponie: Anbindung an das Biomasseheizkraftwerk der ESWE BioEnergie GmbH

39. 12-V-70-0003 **DL 25/12-9**

Frauenförderplan der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) - Verlängerung

40. 12-V-70-0004 **DL 25/12-10**

Neukonzeption Winterdienst

41. 12-V-80-8003 **DL 27/12-15**

Projekt Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen ("Friedhofsteam") - Verlängerung 2012 bis 2014

42. 12-V-82-0005 **DL 30/12-7, 29/12-7**

Sanierung Weinbergmauer

ANLAGE

43. 12-V-86-0002 **DL 27/12-17**

Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebs mattiaqua

44. 12-V-02-0004 **DL 10/12-6, 09/12-1**

Klageeinleitung Planfeststellungsbeschluss A 643

ANLAGE

Tagesordnung III

1. **12-V-01-0011** **DL 25/12-2**
Beschluss einer Ordnung für den Gestaltungsbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden

2. **12-V-07-0010** **DL 27/12-2**
ELW-Betriebskommission
Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern

ANLAGE

3. **12-V-30-0008** **DL 26/12-4**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V
(Wiesbaden-Erbenheim)

4. **12-V-30-0009** **DL 27/12-8**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Mainz-
Kastel/Amöneburg

5. **12-V-30-0010** **DL 27/12-9**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsamsbezirke Wiesbaden I, II und III.

6. **12-V-30-0011** **DL 27/12-10**
Vorschlag für die Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für die Schiedsamsbezirke
Wiesbaden I, II und III

7. **12-V-30-0012** **DL 28/12-2**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Mainz-Kostheim

8. 12-V-61-0011 DL 27/12-13

Flächennutzungsplanänderung "Wohngebiet Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt - Entwurfsbeschluss -

9. 12-V-61-0032 DL 31/12-3

Änderung des Flächennutzungsplanes im Planbereich "Kureck - Cansteinsberg" im Ortsbezirk Nordost - Beschluss über die Änderung und die öffentliche Auslegung

ANLAGE

10. 12-V-61-0015 DL 31/12-2

Bebauungsplan "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost
- Beschluss über die Ergänzung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

ANLAGE

11. 12-V-61-0023 DL 33/12-2, 32/12-2

Bebauungsplan "Wohnquartier Rheingaupalais" im Ortsbezirk Schierstein - Beschluss über die öffentliche Auslegung -

12. 12-V-61-0025 DL 28/12-4

Bebauungsplan "Panoramastraße" im Ortsbezirk Dotzheim
- Änderungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

13. 12-V-61-0033 DL 31/12-4

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Kureck-Cansteinsberg" im Ortsbezirk Nordost
- Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

ANLAGE

14. 12-V-81-0001

DL 25/12-11

WLW - Berufung einer Betriebskommission

1. Wahl von wirtschaftlich und/oder technisch besonders erfahrenen Personen
2. Wahl eines Mitgliedes des Personalrates

ANLAGE

15. 12-V-82-0004

DL 27/12-16

TriWiCon Betriebskommission - Bestellung der Personalvertreter gemäß § 6 (2), 3 EigBGes

16. 12-V-86-0003

DL 27/12-18

mattiaqua Betriebskommission, Bestellung der Personalvertreter

17. 12-F-08-0014

Veröffentlichung der Einladungen und Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse - Bürgerantrag an die Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 01.02.2012 -

Die Einladungen mit den Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse werden in den Wiesbadener Tageszeitungen veröffentlicht. Diese erreichen aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger, da nicht alle an der Wiesbadener Kommunalpolitik interessierte Personen diese kostenpflichtigen Tageszeitungen regelmäßig lesen können.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge prüfen,
ob die Einladungen mit den Tagesordnungen zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschusssitzungen neben der Veröffentlichung in den Wiesbadener Tageszeitungen auch in kostenlosen Publikationsorganen veröffentlicht werden können.

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. 12-V-14-0003

DL 26/12-1 NÖ

Information zur Sitzungsvorlage SV 12-V-51-0025

2. **12-V-20-0018** **DL 19/12-2 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2011

3. **12-V-20-0036** **DL 25/12-1 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1.Quartal 2012

4. **12-V-20-0040** **DL 25/12-2 NÖ**
Berichterstattung HSK 4. Quartal 2011

5. **12-V-20-0041** **DL 25/12-3 NÖ**
Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2011

6. **12-V-20-0046** **DL 27/12-1 NÖ**
Bürgschaft

7. **12-V-20-0049** **DL 27/12-2 NÖ**
Kredit

8. **12-V-36-0014** **DL 25/12-4 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates am 31.05.2012

9. **12-V-36-0018** **DL 27/12-3 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates am 28.06.2012

- | | |
|---|----------------------|
| 10. 12-V-41-0003 | DL 25/12-5 NÖ |
| Freie Bühnen in Wiesbaden | |
| ANLAGE | |
| 11. 12-V-51-0032 | DL 33/12-1 NÖ |
| Soziale Stadt Biebrich-SüdOst, | |
| 12. 12-V-80-2319 | DL 28/12-1 NÖ |
| Verzeichnis der vom 1. April 2012 bis 30. Juni 2012 genehmigten Grundstücksvorlagen | |
| 13. 12-V-82-0002 | DL 27/12-4 NÖ |
| Carol-Nachman-Preis Rechnungslegung 2011 | |

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher